



FDP-NRW · Sternstraße 44 · 40479 Düsseldorf

An den
Förderverein Gesamtschule Alfter e.V.
Oberdorf 8
53347 Alfter

Freie Demokratische Partei
Landesverband NRW

Prof. Dr. Andreas Pinkwart
Landesvorsitzender

Wolfgang-Döring-Haus
Sternstraße 44
40479 Düsseldorf

Fon 0211. 49 70 9-0
Fax 0211. 49 70 9-50

pinkwart@fdp.de

www.andreas-pinkwart.de
www.fdp-nrw.de

Bankverbindung:
Deutsche Bank AG Düsseldorf
Kto. 6 120 026
BLZ 300 700 24

Sehr geehrte Frau Salchow,

Düsseldorf, 5. Mai 2010

aus persönlichen Gesprächen, die ich mit Ihnen und Ihrem Verein führen durfte, wissen Sie, dass ich die Umsetzung des Elternwillens zur Errichtung einer Gesamtschule in Alfter ebenso wie meine Parteifreunde vor Ort unterstütze. Die FDP spricht sich auch in ihrem Landeswahlprogramm dafür aus, bei Bedarf und Vorliegen der notwendigen Voraussetzungen der Gründung neuer Gesamtschulen zuzustimmen. Die Neugründungen der letzten fünf Jahre belegen, dass die Landesregierung hier keinesfalls ideologische Politik betreibt, sondern neue Gesamtschulen zugelassen hat und weiter zulassen wird.

Wie Sie wissen sind die Voraussetzungen für die Gründung einer Gesamtschule jedoch besonders hoch, da eine komplette Oberstufe betrieben werden muss und eine Vierzügigkeit in der fünften Klasse daher unbedingt notwendig ist. Daher muss der Regierungspräsident auf der Einhaltung der vorgeschriebenen Anmeldezahlen bestehen. Er hat auch Sorge dafür zu tragen, dass sich die Gemeinde Alfter bei den baulichen und organisatorischen Maßnahmen finanziell nicht übernimmt.

Die Finanzierung und die Schülerzahlen sprechen momentan gegen die Errichtung einer Gesamtschule in Alfter. Ich möchte daher noch einmal dafür werben, auch über andere Modelle wie die von der FDP vorgeschlagene „Regionale Mittelschule“ am Standort Alfter-Oedekoven nachzudenken. Die Bündelung der mittleren Abschlüsse (Hauptschule und Realschule) unter einem Dach und eine Oberstufen-Kooperation mit einer Schule in Bornheim oder Bonn wäre ein für Alfter gangbarer Weg. Eine solche Schule könnte zweizügig starten und würde die Gemeinde weniger stark belasten. Meiner Ansicht nach wäre das ein guter Kompromiss zwischen Ihrem berechtigten Anliegen und den Einwendungen des Regierungspräsidenten.

Mit freundlichen Grüßen


Prof. Dr. Andreas Pinkwart